

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wöchentlich nachmittags um 4 Uhr. Preis 2 Pf. pro Stück, bei Bestellungen 1,20 Pf. zusätzl. Beleggeld. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postanfragen, Bestellungen, unsere Adressen u. Geschäftsverhältnisse nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Bei längerer Betriebsunterbrechung behält sich die Redaktion das Recht vor, die Nummerierung des Bezugspreises. Abrechnung eingetragener Beiträge erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.



Verlags- und Druckerei: Wilsdruffer Tageblatt, Postfach 206, Wilsdruff. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. Druck: Wilsdruffer Druckerei, Postfach 206, Wilsdruff.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 59 — 95. Jahrgang Drahtanschrift: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 10. März 1936

Zweierlei Maß.

In Frankreich spielt man den Empörern und tut so, als gebe Deutschland durch die Wiederbelebung der Garnisonen im Rheinland ein Beispiel von dem Bestreben, bestehende Verträge nicht achten zu wollen. Jetzt mit einemmal spricht man in Paris davon, daß Hitler den Rheinlandpakt als Papierfetzen betrachte. Nun, es wäre gut, wenn die französische Öffentlichkeit vorsichtiger wäre mit ihren Urteilen. Wenn wir unsere Verträge einmal den Rheinlandpakt von Locarno daraufhin durchsehen wollten, ob ihn Frankreich denn so genau gehalten hat, dann müssen wir immer wieder feststellen — und das ist ja auch die Grundlage für das deutsche Handeln —, daß der französische sowjetische Pakt die größte Verletzung des Rheinlandpaktes ist. Frankreich führt bei allem seinen Tun und Handeln stets das Wort Sicherheit im Munde, und es begründet auch den Pakt mit dem Volksweltismus mit seinen Maßnahmen zur Sicherung. Wir stellen demgegenüber fest, daß die deutsche Nation mit demselben Recht auf ihre Sicherheit bedacht sein muß und daß eine deutsche Staatsführung in sich die gleiche Pflicht und Verantwortung fühlt, für die Sicherheit der deutschen Nation alles nur Mögliche zu tun. Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Dieses einfache Gesetz des menschlichen Maaßes gilt auch für die Weltpolitik. Wo man zweierlei Maß aufreißt, dann schafft man Grund zur Unzufriedenheit und ist den Unseligen, Adolf Hitler hat in seinen sieben Angeboten an Frankreich sich auch damit einverstanden erklärt, gegebenenfalls eine entmilitarisierte Zone beiderseits der deutsch-französisch-belgischen Grenze einzurichten. Aber, wie gesagt, bei derseits. Darauf liegt der Ton. Und das ist die Richtschnur des deutschen Handelns: Wir wollen das gleiche Recht, wie es andere Völker für sich in Anspruch nehmen. Die Zeit, da man Deutschland als einen Staat zweiten Ranges betrachtete, man dem belächelt hat, ist vorbei. Wir haben die entsprechenden Rechte zu geben, ist endgültig vorüber. Das Deutschland Adolf Hitlers kämpft für die Ehre und Freiheit der Nation. Und dieser Kampf läßt keine Unterwürfungen und Abfälligkeiten des Rechtes zu.

Der französische Ministerpräsident Sarraut hat in der ersten Aufwallung seiner Empörung das große Wort ausgesprochen, Frankreich wolle es nicht zulassen, daß es im Bereich der deutschen Kanonen liege. Und wir, Herr Sarraut, erwidern Ihnen darauf ebenso entschieden: Wir wollen und werden es nicht zulassen, daß deutsche Städte am Rhein und an der Saar schutzlos im Verleite französischer Kanonen liegen. Oder hat Deutschland nicht das gleiche Recht, sein Volk an der Grenze zu schützen? Sind die französischen Kanonen etwa weniger gefährlich als die deutschen? Hat nicht Frankreich seit Jahr und Tag planmäßig einen Festungsgürtel aus Beton und Eisen an der Grenze gegen Deutschland gezogen, aus dem heraus die Mörser schwerer Geschütze auf deutsches Land gerichtet sind und aus dem heraus die französischen Sturmabteilungen über deutsches Land hereinbrechen könnten? Haben wir nicht das viel größere Recht, um unsere Sicherheit besorgt zu sein als Frankreich?

Unser Führer Adolf Hitler, hat, seitdem er die Regierung übernahm, den französischen Nachbarn mehrfach die Hand zur Versöhnung hingereicht. Kein französischer Staatsmann hat bisher eingeschlagen, sondern immer wieder waren neue Rüstungen und neue Besetzungen an der deutsch-französischen Grenze die Antwort auf die deutschen Versöhnungsangebote. Der Pakt mit den Sowjets war der letzte Triumph Frankreichs gegen Deutschland. Nun mußte die deutsche Staatsregierung handeln, wollte sie nicht etwa sich vor ihrem Gewissen sagen müssen: Wir haben den Rhein und die Saar schutzlos dem französischen Rüstungsstaat ausgeliefert.

Frankreich betrachtet es seit 17 Jahren als sein von ihm allein gepachtetes Recht, eine bevorzugte Sicherheitsstellung einzunehmen, und fand es selbstverständlich, daß es seine Wehrhoheit nicht bis an die Grenze Deutschlands ausübte. Uns aber verweigerte man das gleiche Recht und hielt die 50-Kilometer-Zone, in der die deutsche Wehrhoheit nicht bestand, für eine Selbstverständlichkeit. Ketten die Pariser Politiker, daß die entmilitarisierte Rheinlandzone ein wesentlicher Bestandteil der französischen Sicherheit sei, dann betonen wir mit derselben Deutlichkeit, daß die entmilitarisierte Rheinlandzone gegenüber einem hochgerüsteten Frankreich einfach unhaltbar ist, wenn nicht die deutsche Sicherheit gefährdet sein soll.

Heute abend 20.15 Uhr spricht Pg. Dr. Goebbels!
Der Deutschlandsender überträgt die Rede, die jeder Deutsche hören muß!

Eden u. Baldwin zum deutschen Schritt

Englands Hoffnung: dreifache Freundschaft England-Deutschland-Frankreich.

Nach einem englischen Ministerrat.

Erklärungen Edens im Unterhaus

Nach einer sehr lebhaften diplomatischen Tätigkeit am Sonntagabend und Sonntag trat am Montag das englische Kabinett zusammen, um sich mit der durch den deutschen Schritt geschaffenen Lage zu befassen. Das englische Kabinett beschäftigte sich in seiner Sitzung mit der Rheinlandfrage und den Erklärungen des Führers im Reichstag. Außenminister Eden legte ferner in der Sitzung seinen Ministerrat die Erklärung vor, die er für die Sitzung des englischen Unterhauses am Montagmorgen ausgearbeitet hatte. Bereits am Sonntag hatte Eden dem französischen Botschafter in London, Cordier, Mitteilungen über seine Unterhauserklärung gemacht. Am Sonntag hatte Eden im Auswärtigen Amt auch den deutschen Botschafter Fürst Bismarck und den belgischen Geschäftsträger empfangen.

Die englische Öffentlichkeit hebt völlig im Sinne der Ereignisse der letzten Tage. Es wird in der englischen Presse zum Ausdruck gebracht, daß durch die Beachtung der Freundschaftsangebote Hitlers die europäische Lage entspannt werden könne. Man sieht daher in London mit größtem Interesse der Konferenz der Locarnomächte in Paris am Dienstag entgegen. Zu dieser Konferenz schrieb die „London Morning Post“, daß

England eine gemäßigte Haltung einnehme, und daß der englische Außenminister Eden in Paris für eine Prüfung der Friedensangebote Hitlers eintreten werde. Der überwiegende Teil der englischen Presse sucht dem deutschen Standpunkt gerecht zu werden. Außerordentlich ist die Stellungnahme der großen Londoner Zeitung „Times“, die sich, wie auch der größte Teil der anderen englischen Blätter,

gegen den französischen Vorschlag auf Sanktionen

gegenüber Deutschland wendet. Es sei ein Unterschied zwischen der friedlichen Wiederbesetzung zweifelslos deutschen Gebietes und einem feindlichen Angriff mit Feuer und Schwert auf einen Nachbarn. Jetzt gelte es, so schreiben die „Times“ weiter, aus den Ruinen des alten Europa ein neues Haus zu bauen. Die bedeutende englische Provinzzeitung „Daily Dispatch“ wendet sich deutlich gegen Frankreichs Forderungen und erklärt, Frankreich könne in diesem Augenblick nicht von Großbritannien erwarten, daß es sich der französischen Erregung zuliebe in gefährliche und für das ganze Festland verderbliche Abenteuer einlasse.

In parlamentarischen englischen Kreisen ist die Stimmung sehr zugunsten des Friedensangebots Hitlers. So mahnte Lloyd George zur Annahme des deutschen Friedensangebotes. Ebenso stellte der frühere Finanzminister Snowden fest,

Hitlers Reichstagsrede sei die Probe für die Aufrichtigkeit der europäischen Staatsmänner.

Der in England sehr bekannte englische Schriftsteller und Außenpolitiker Sir Eric Gidb schreibt in „Sunday Chronicle“, Adolf Hitler habe der Menschheit neue Hoffnung gegeben. Seine sieben Punkte, die von einem echten Geist des Friedens eingegeben seien, würden im Fall ihrer Annahme bestimmt die dunklen Befürchtungen hinwegfegen, von denen die Welt verfolgt werde. In Zuschriften an die „Times“ erklärten viele Engländer,

der gegenwärtige Augenblick biete eine großartige Möglichkeit für die Staatskunst, nämlich für einen wahren Bund Großbritannien, Frankreich und Deutschland,

der in weitem Maße dazu beitragen würde, den Frieden in Europa zu sichern. Auch der englische Faschistenführer Sir Oswald Mosley erklärte in einer Rede, daß er die deutschen Vorschläge begrüße. Der Schritt Hitlers sei das Beste, das Europa seit dem Kriege widerfahren sei, wenn das britische Volk diese Friedensmöglichkeit annehme.

Auch in Südafrika und in Kanada vertritt man den Standpunkt, Deutschland habe der Weltlage eine gute Wendung gegeben, indem es den Versailler Vertrag zerlegt habe.

Ein Deutschland, das von seinen unnatürlichen Fesseln befreit sei, sei eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Wiederherstellung des Welthandels, dessen freie Entwicklung unter den Versailler Beschränkungen unmöglich sei.

Sachliche und einsichtsvolle Prüfung zugesagt.

In der Erklärung, die Außenminister Eden vor dem Unterhaus abgab, führte er u. a. aus, er habe dem deutschen Botschafter mitgeteilt, daß die deutsche Handlung im Rheinland die einseitige Aufkündigung eines frei verhandelten und frei unterzeichneten Vertrages bedeute. Die Wirkung auf die britische Öffentlichkeit müsse dauerhaft sein. Das Ausgeben des Locarno-Vertrages und die Besetzung der entmilitarisierten Zone hätten das Vertrauen in jede Vereinbarung, die die deutsche Regierung in Zukunft schließen würde, tief erschüttert. Niemand im Unterhaus könne diesen Schritt billigen oder entschuldigen. Er fügte dem Grundgedanken der Heiligkeit der Verträge einen schweren Schlag zu.

Er, Eden, sei jedoch dankbar dafür, sagen zu können, es gebe keinen Grund für die Annahme, daß die gegenwärtige deutsche Handlung die Drohung von Feindseligkeiten in sich schließe.

Die deutsche Regierung spreche in ihrem Memorandum ausdrücklich von ihrem Wunsch nach wahren Frieden und drücke den Wunsch nach Abschluß eines Nichtangriffsvertrages mit Frankreich und Belgien aus.

Um Mißverständnisse über die Stellung Englands als Unterzeichner des Locarno-Vertrages auszuräumen, habe er es für notwendig, zu erklären, daß, falls sich während der Zeit, die für die Erörterung der neuen Lage notwendig sein würde, ein tatsächlicher Angriff auf Frankreich oder Belgien ereignen sollte, der eine Verletzung des Artikels 2 des Locarno-Vertrages wäre, die britische Regierung trotz der Aufkündigung des Locarno-Vertrages durch Deutschland sich durch ihre Ehre für gebunden halten würde, wie in dem Vertrag vorgesehen, dem Angegriffenen zu Hilfe zu eilen. Eine der wichtigsten Grundlagen des Friedens in Westeuropa sei beseitigt worden.

Wenn der Frieden gesichert werden solle, bestände die Pflicht, ihn wieder aufzubauen.

In diesem Geiste müsse man an die deutschen Vorschläge herangehen. Die britische Regierung werde sie mit klarer Einsicht und sachlich prüfen, um festzustellen, in welchem Ausmaß sie das Mittel darstellten, die Konstruktion des Friedens wieder zu stärken. Angesichts der schweren internationalen Lage dürfe keine Gelegenheit verpaßt werden, um die Struktur des Friedens zu verbessern.

Nach der Rede des Außenministers führte Ministerpräsident Baldwin noch einmal kurz aus, welche große Überraschung der Schritt Deutschlands allgemein hervorgerufen habe. Er sprach jedoch weiter aus, daß die englische Regierung bereit sei, die Vorschläge des Führers eingehend zu prüfen und

dem Führer dankbar sei für jede Möglichkeit, die er gäbe, um einen Krieg zu verhindern.

Er bat darauf das Unterhaus, die englische Regierung in ihren Bemühungen, eine friedliche Lösung herbeizuführen, zu unterstützen.

Aus der Rede Baldwin ging besonders hervor, daß die englische Regierung durchaus zu Verhandlungen bereit sei und nicht ohne weiteres den französischen Standpunkt teile.

Baldwin begründet die englischen Aufrüstungspläne.

Nachdem Eden seine Erklärung beendet hatte, beantragte Premierminister Baldwin, das Unterhaus möge die Vorschläge der Regierung billigen, die in dem Weißbuch über die Verteidigung enthalten seien.

Zur Begründung führte er aus, die Bedürfnisse der Landesverteidigung und die auswärtige Politik seien so eng und fest miteinander verbunden, daß man über die eine nicht ohne die andere beraten könne. Daher werde er sich auch mit der englischen Außenpolitik befassen; ihr Ziel sei, den Frieden für die Völker des britischen Reiches und für die Völker der Welt zu sichern. Die Mittel, dieses Ziel zu erreichen, bestünden in der kollektiven Sicherheit und Freundschaft. Um kollektive Sicherheit zu erhalten, gehöre England dem Völkerbund an. Freundschaft suche England mit allen Völkern der Welt.

Die enttäuschenden Ergebnisse jedes Versuches, zu einer internationalen Abrüstung zu kommen, das Anwachsen der Rüstungen in anderen Ländern zusammen mit dem Ausbrechen einer Reihe beunruhigender